

19.12.2008 / Schwerpunkt / Seite 3

## Krisenfolgen abgefedert

Lateinamerika-Karibik-Gipfel in Brasilien: Staats- und Regierungschefs berieten in Costa do Saúpe über Finanzmarktkrise. Venezuela muß Hilfe einschränken

*Johannes Schulten*

Neben der Aufnahme Kubas in die sogenannte Rio-Gruppe und Fragen der regionalen Integration gehörten die gemeinsamen Herausforderungen infolge der Finanzmarktkrise zu den beherrschenden Themen des Lateinamerika-Karibik-Gipfels in dieser Woche im brasilianischen Costa do Saúpe. Denn seit sich diese zu einer globalen Wirtschaftskrise entwickelt hat, geht es für die Länder des Subkontinents nicht mehr darum, ob, sondern, wie tief sie in den Strudel der globalen Rezession gerissen werden. Das abrupte Ende der über fünfjährigen Wachstumsperiode läßt zudem unweigerlich Erinnerungen an die Finanz- und Währungskrisen aufkommen, die Lateinamerika in den vergangenen Jahren erschütterten: Die mexikanische Tequila-Krise 1994/95, die brasilianische Währungskrise 1998 und zuletzt die Staatsbankrotte in Argentinien und Uruguay 2001/2002 führten in den betroffenen Ländern zu sozialen Verwerfungen, deren Folgen noch heute sichtbar sind.

Brasilien erlebte seinen schwarzen Montag am 11. Oktober 2008, und auch die Börsen der Nachbarstaaten verzeichneten in den vergangenen Monaten Kurseinbrüche von 30 bis 50 Prozent. Die Angst vor Katastrophen, wie sie in vergangenen Krisen zu beobachten waren, scheint indes (noch) unbegründet. Denn anders als während der neoliberal geprägten 90er Jahre haben sich im Zuge der lateinamerikanischen Linkswende die gesamtwirtschaftlichen Rahmenbedingungen vieler Staaten erheblich verbessert.

Zum einen erwies sich die vermeintliche Rückständigkeit des lateinamerikanischen Bankenwesens als Glücksfall. Die Verstrickung in das Geschäft mit »innovativen« Finanzdienstleistungen war relativ unbedeutend. Ein Zusammenbruch des gesamten Bankensystems wie noch während der Argentinien-Krise 2001 kann ausgeschlossen werden. Außerdem gaben viele Regierungen die während der 90er Jahre eingeführten festen Bindungen der jeweiligen Nationalwährung an den US-Dollar auf, was den gerade in Krisenzeiten wichtigen geldpolitischen Spielraum der Zentralbanken erheblich vergrößerte. Zudem ermöglichten die seit 2003 zu registrierenden Leistungsbilanzüberschüsse die Anhäufung teils enormer Devisenreserven. Diese fungieren nun als Rettungsanker angesichts von Währungsabwertung und Kapitalflucht.

In Brasilien stützte die Zentralbank den unter Abwertungsdruck geratenen brasilianischen Peso mit rund 50 Milliarden US-Dollar. Weitere 34 Milliarden US-Dollar wurden bereitgestellt, um Kredite für die unter Kapitalmangel leidende Bau- und Landwirtschaft zu erleichtern. Ohne das in den letzten Jahren ersparte Devisenpolster von über 200 Milliarden US-Dollar wären solche Maßnahmen nicht möglich gewesen.

Auch Venezuela, dem der niedrige Ölpreis von momentan knapp 40 US-Dollar pro Barrel besonders zusetzt, wird aufgrund seiner Devisenreserven vorerst nicht Gefahr laufen, seine bisherigen Sozialprogramme spürbar einschränken zu müssen. Gleichwohl dürften die Petrodollars als politisches Schmiermittel der regionalen Integration vorerst fehlen. Einen Vorgeschmack darauf erhielt jüngst Argentinien. Garantierte Venezuela bisher die Abnahme argentinischer Staatspapiere zu Vorzugspreisen, wird Caracas diesen Luxus vorerst nicht mehr finanzieren können. Seit der Ende 2005 erfolgten einseitigen Schuldentilgung durch die Regierung Nestor Kirchners ist die Republik am Rio de la Plata auf dem internationalen Kapitalmarkt ein rotes Tuch. Hinzu kommt: Ende November wurde die Wiederverstaatlichung der argentinischen Rentenkassen beschlossen.

Anfang dieser Woche kündigte Präsidentin Cristina Fernández de Kirchner ein gewaltiges Investitionspaket in Höhe von 57 Milliarden Dollar an, das vor allem zur Belebung der stockenden Bauwirtschaft dienen soll.

Ernst ist die Lage in Mexiko. Anders als etwa Brasilien oder Argentinien ist das Land durch das seit 1994 geltende NAFTA-Abkommen eigentlich auf Gedeih und Verderb an die USA gebunden. Insgesamt 80 Prozent der mexikanischen Exporte fließen in den nördlichen Nachbarstaat. Doch ausgerechnet der mexikanische Präsident Felipe Calderón machte auf dem Gipfel in Brasilien den selbstbewußten Vorschlag, eine lateinamerikanische Regionalorganisation zu gründen, der weder die USA noch Kanada angehören.